



Allgemeine Mandatsbedingungen

Für außerhalb von Geschäftsräumen geschlossene Verträge und Fernabsatzverträge i.S.v. § 312g BGB.

1. Geltungsbereich

Zur Regelung u. Konkretisierung der Rechte und Pflichten aus dem Mandatsverhältnis und zur Erfüllung gesetzlicher Belehrungs- und Hinweispflichten gelten für alle gegenwärtigen und zukünftigen Verträge zwischen der Kanzlei Matyssek · Kirchmann · Freund GbR, Düsseldorfer Str. 21, 40878 Ratingen (Kanzlei), und dem Mandanten über die Besorgung von Rechtsangelegenheiten die nachfolgenden Mandatsbedingungen.

Mandanten im Sinne dieser Mandatsbedingungen können sowohl Verbraucher i.S.v. § 13 BGB als auch Unternehmer i.S.v. § 14 BGB sein.

Verbraucher i.S.d. Mandatsbedingungen sind natürliche Personen, mit denen in Geschäftsbeziehung getreten wird, ohne dass diesen eine selbständige oder gewerbliche Tätigkeit zugerechnet werden kann.

Unternehmer im Sinne dieser Mandatsbedingungen sind natürliche oder juristische Personen oder rechtsfähige Personengesellschaften, mit denen in Geschäftsbeziehung getreten wird, soweit sie in Ausübung ihrer gewerblichen oder selbständigen beruflichen Tätigkeit handeln.

2. Mandatsverhältnis

Gegenstand der Beauftragung der Kanzlei ist die vereinbarte Tätigkeit und nicht die Erzielung eines bestimmten, rechtlichen oder wirtschaftlichen Erfolgs. Der Auftrag wird ausdrücklich allen dazu gesetzlich befähigten Berufsträgern der Kanzlei erteilt, soweit anderweitige gesetzliche Regelungen nicht ausdrücklich ausschließlich die Erteilung des Auftrages an einen der Berufsträger der Kanzlei vorschreiben.

Das Mandat wird unter Beachtung der berufsrechtlichen Regelungen der BRAO, BORA sowie der einschlägigen datenschutzrechtlichen Vorschriften in der jeweils gültigen Fassung durchgeführt.

Fernmündliche Auskünfte und Erklärungen der Mitarbeiter der Kanzlei werden ausschließlich bei schriftlicher Bestätigung verbindlich.

Zur Einlegung von Rechtsmitteln ist die Kanzlei nur verpflichtet, wenn sie einen darauf gerichteten Auftrag erhalten und in Textform angenommen hat.

3. Vergütung und Auslagen

Die Vergütung der Kanzlei richtet sich, soweit nicht ausdrücklich etwas anderes schriftlich vereinbart wurde, nach dem Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG) in der zum Zeitpunkt der Auftragserteilung maßgeblichen Fassung sowie der Kostenordnung (KostenO), wobei für die Berechnung der Gebühren der jeweilige Gegenstandswert des Auftrages herangezogen wird.

Soweit für den Mandanten zur Abwicklung des erteilten Auftrages Beträge an Dritte verauslagt wurden, hat die Kanzlei Anspruch auf Zahlung dieser Beträge.

Die Parteien vereinbaren, dass die Vergütung in Abweichung von § 8 Abs. 1 RVG mit Rechnungsstellung fällig wird. Eine Aufrechnung gegen Forderungen der Kanzlei ist unbeschadet der Rechte aus § 355 Abs. 3 Satz 1 BGB ausschließlich mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.



4. Sicherungsabtretung

Der Mandant tritt alle aus dem Mandatsverhältnis entstehenden Erstattungsansprüche gegen den Gegner, die Staatskasse oder sonstige erstattungspflichtige Dritte in Höhe der Honorarforderungen sicherungshalber an die Kanzlei ab, die diese Abtretung hiermit annimmt. Soweit der Mandant seinen Zahlungsverpflichtungen vollständig nachkommt, wird die Kanzlei diese Abtretung nicht anzeigen und die abgetretene Forderung nicht einziehen.

Die Kanzlei ist berechtigt, für den Mandanten eingehende Zahlungen, die bei ihr eingehen, mit offenen Honorarforderungen und Auslagen zu verrechnen, soweit die Zahlungen nicht ausdrücklich zweckgebunden zur Auszahlung an Dritte geleistet werden.

5. Schriftverkehr und Datenschutz

Soweit der Mandant den Schriftverkehr auf elektronischem Wege in Form von E-Mail wünscht, ist ihm bekannt, dass dieser Schriftverkehr - soweit keine Verschlüsselung stattfindet - nicht sicher ist.

Die Kanzlei bietet daher alternativ eine verschlüsselte Kommunikation durch Nutzung einer webbasierten Kommunikationsplattform an, die sog. **WebAkte**. Nähere Informationen zu Technik und Nutzung der WebAkte erhält der Mandant auf Anfrage durch die Mitarbeiter der Kanzlei.

Soweit der Mandant eine unverschlüsselte Übertragung wünscht, autorisiert er ausdrücklich die Zusendung an die übermittelte E-Mail-Adresse und stellt die Kanzlei von allen Haftungsansprüchen, die aus dieser unverschlüsselten Übertragung entstehen, ausdrücklich frei.

Der Mandant sichert zu, seine E-Mails täglich abzurufen und der Kanzlei alle Änderungen seiner E-Mail-Adresse sowie der übrigen Kontaktdaten unverzüglich unaufgefordert mitzuteilen.

6. Hinweise zur Datenverarbeitung

- a. Name und Kontaktdaten des für die Verarbeitung Verantwortlichen sowie des betrieblichen Datenschutzbeauftragten der Kanzlei:

Diese Datenschutzhinweise gelten für die Datenverarbeitung durch die Kanzlei Rechtsanwälte Matyssek · Kirchmann · Freund GbR, Düsseldorfer Str. 21, 40878 Ratingen, Deutschland, E-Mail: info@matyssek-kirchmann.de, Telefon: 02102/71140-0.

Der betriebliche Datenschutzbeauftragte der Kanzlei ist unter der vorgenannten Anschrift oder per E-Mail unter info@matyssek-kirchmann.de erreichbar.

- b. Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten sowie Art und Zweck und deren Verwendung:

Bei der Mandatierung erhebt die Kanzlei folgende Informationen des Mandanten:

Anrede, Vorname, Nachname, Anschrift, Telefonnummer, Faxnummer, E-Mail-Adresse, Kontoverbindung, Informationen, die für die Interessenwahrnehmung im Rahmen des Mandats notwendig sind.

Die Erhebung dieser Daten erfolgt,

zur Identifizierung des Mandanten, zum Zwecke der angemessenen anwaltlichen Beratung bzw. Vertretung, zur Korrespondenz mit dem Mandanten, zur Rechnungsstellung, zur Abwicklung evtl. Haftungsansprüche sowie der Geltendmachung evtl. Ansprüche der Kanzlei gegen den Mandanten.



Die Datenverarbeitung erfolgt auf Anfrage des Mandanten und ist nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO zu den genannten Zwecken für die angemessene Bearbeitung des Mandats und für die beidseitige Erfüllung von Verpflichtungen aus dem Mandatsvertrag erforderlich.

Die für die Mandatierung von der Kanzlei erhobenen personenbezogenen Daten werden bis zum Ablauf der gesetzlichen Haftungspflicht für Anwälte (30 Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem das Mandat beendet wurde,) gespeichert und danach gelöscht, es sei denn, dass die Kanzlei nach Artikel 6 Abs. 1 S. 1 lit. c DSGVO aufgrund von steuer- und handelsrechtlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten (aus HGB, StGB oder AO) zu einer längeren Speicherung verpflichtet ist oder der Mandant in eine darüber hinausgehende Speicherung nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO eingewilligt hat.

c. Weitergabe von Daten an Dritte:

Personenbezogene Daten des Mandanten werden an Dritte nur weitergegeben, soweit dies nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO für die Abwicklung von Mandatsverhältnissen erforderlich ist. Hierzu gehört insbesondere die Weitergabe an Verfahrensgegner und deren Vertreter (insbesondere deren Rechtsanwälte) sowie Gerichte und andere öffentliche Behörden zum Zwecke der Korrespondenz sowie zur Geltendmachung und Verteidigung der Rechte des Mandanten. Die weitergegebenen Daten dürfen von dem Dritten ausschließlich zu den genannten Zwecken verwendet werden.

Das Anwaltsgeheimnis bleibt unberührt. Soweit es sich um Daten handelt, die dem Anwaltsgeheimnis unterliegen, erfolgt eine Weitergabe an Dritte nur in Absprache mit dem Mandanten.

Eine darüber hinausgehende Übermittlung personenbezogener Daten findet nicht statt.

d. Betroffenenrechte:

Der Mandant hat das Recht:

Gem. Art. 7 Abs. 3 DSGVO die einmal erteilte Einwilligung jederzeit gegenüber der Kanzlei widerrufen. Dies hat zur Folge, dass die Datenverarbeitung, die auf dieser Einwilligung beruhte, für die Zukunft nicht mehr fortgeführt werden darf;

Gem. Art. 15 DSGVO Auskunft über seine von der Kanzlei verarbeiteten personenbezogenen Daten zu verlangen. Insbesondere kann Auskunft über die Verarbeitungszwecke, die Kategorie der personenbezogenen Daten, die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen seine Daten offengelegt wurden oder werden, die geplante Speicherdauer, das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung oder Widerspruch, das Bestehen eines Beschwerderechts, die Herkunft der Daten, sofern diese nicht bei der Kanzlei erhoben wurde, sowie über das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling und ggf. aussagekräftigen Informationen zu deren Einzelheiten verlangen;

Gem. Art. 16 DSGVO unverzüglich die Berichtigung unrichtiger oder Vervollständigung seiner bei der Kanzlei gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen;

Gem. Art. 17 DSGVO die Löschung seiner bei der Kanzlei gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit nicht die Verarbeitung zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information, zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist;

Gem. Art. 18 DSGVO die Einschränkung der Verarbeitung seiner personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit die Richtigkeit der Daten von ihm bestritten wird, die Verarbeitung unrechtmäßig ist, der aber deren Löschung ablehnt und die Kanzlei die Daten nicht mehr benötigt, der jedoch diese zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigt oder er gem. Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat;



Gem. Art. 20 DSGVO seine personenbezogenen Daten, die er der Kanzlei bereitgestellt hat, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesebaren Format zu erhalten oder die Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen zu verlangen;

Gem. Art. 77 DSGVO sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren. In der Regel kann er sich hierfür an die Aufsichtsbehörde seines üblichen Aufenthaltsortes oder Arbeitsplatzes oder des Kanzleisitzes wenden.

e. Widerspruchsrecht

Sofern personenbezogene Daten des Mandanten auf Grundlage von berechtigten Interessen gem. Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO verarbeitet werden, hat der Mandant das Recht, gem. Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung seiner personenbezogenen Daten einzulegen, soweit dafür Gründe vorliegen, die sich aus seiner besonderen Situation ergeben. Wenn der Mandant von seinem Widerspruchsrecht Gebrauch machen will, genügt eine E-Mail an info@matyssek-kirchmann.de.

7. **Widerrufsbelehrung**

Ist der Mandant Verbraucher i.S.v. § 13 BGB, steht ihm bei außerhalb von Geschäftsräumen geschlossenen Verträgen und bei Fernabsatzverträgen i.S.v. § 312g BGB ein Widerrufsrecht wie folgt zu:

Widerrufsrecht

Sie haben das Recht, binnen 14 Tagen ohne Angaben von Gründen diesen Vertrag zu widerrufen. Die Widerrufsfrist beträgt 14 Tage ab dem Tag des Vertragsabschlusses. Um Ihr Widerrufsrecht auszuüben, müssen Sie uns,

*Rechtsanwälte Matyssek · Kirchmann · Freund
Düsseldorfer Str. 21, 40878 Ratingen
Telefon: 02102 – 711400
Telefax: 02102 - 7114025
E-Mail: kanzlei@matyssek-kirchmann.de*

mittels einer eindeutigen Erklärung (zum Beispiel einem mit der Post versandten Brief, Telefax, E-Mail) über Ihren Entschluss, diesen Vertrag zu widerrufen, informieren. Sie können dafür das nachfolgende Muster-Widerrufsformular verwenden, das jedoch nicht vorgeschrieben ist.

Zur Wahrung der Widerrufsfrist reicht es aus, dass Sie die Mitteilung über die Ausübung Ihres Widerrufsrechts vor Ablauf der Widerrufsfrist absenden.

Folgen des Widerrufs:

Wenn Sie diesen Vertrag widerrufen, haben wir Ihnen alle Zahlungen, die wir von Ihnen erhalten haben, einschließlich der Lieferkosten (mit Ausnahme der zusätzlichen Kosten, die sich daraus ergeben, dass Sie eine andere Art der Lieferung als die von uns angebotene günstigste Standardlieferung gewählt haben), unverzüglich und spätestens binnen 14 Tagen ab dem Tag zurückzuzahlen, an dem die Mitteilung über Ihren Widerruf dieses Vertrags bei uns eingegangen ist. Für diese Rückzahlung verwenden wir dasselbe Zahlungsmittel, das Sie bei der ursprünglichen Transaktion eingesetzt haben, es sei denn, mit Ihnen wurde ausdrücklich etwas anderes vereinbart; in keinem Fall werden Ihnen wegen dieser Rückzahlung Entgelte berechnet.

Haben Sie verlangt, dass die Dienstleistung während der Widerrufsfrist beginnen soll, so haben Sie uns einen angemessenen Betrag zu zahlen, der dem Anteil der bis zu dem Zeitpunkt, zu dem Sie uns von der Ausübung des Widerrufsrechts hinsichtlich dieses Vertrages unterrichten, bereits erbrachten Dienstleistungen im Vergleich zum Gesamtumfang der im Vertrag vorgesehenen Dienstleistungen entspricht.



Muster-Widerrufsformular

(Wenn Sie den Vertrag widerrufen wollen, füllen Sie bitte dieses Formular aus und senden Sie es zurück an

*Rechtsanwälte Matyssek · Kirchmann · Freund GbR
Düsseldorfer Str. 21, 40878 Ratingen
Telefax: 02102 - 7114025
E-Mail: kanzlei@matyssek-kirchmann.de*

Hiermit widerrufe(n) ich/wir () den von mir/uns (*) am _____ abgeschlossenen Mandatsvertrag*

Name des/der Verbraucher(s):

Anschrift des/der Verbraucher(s):

Datum:

Unterschrift des/der Verbraucher(s) (nur bei Mitteilung auf Papier):

() Unzutreffendes streichen*

8. Sofortige Aufnahme der Dienstleistung / Erlöschen des Widerrufsrechts

Die Kanzlei soll sofort mit der Dienstleistung beginnen.

Der Mandant wird darauf hingewiesen, dass gem. § 356 Abs. 4 BGB bei außerhalb von Geschäftsräumen geschlossenen Verträgen und bei Fernabsatzverträgen i.S.v. § 312g BGB das Widerrufsrecht erlischt, wenn die Kanzlei die Dienstleistung vollständig erbracht hat, auch wenn die Widerrufsfrist zu diesem Zeitpunkt noch nicht abgelaufen ist.

9. Mandatskündigung

Soweit nicht ausdrücklich etwas anderes schriftlich vereinbart wurde, kann das Mandatsverhältnis von dem Mandanten jederzeit schriftlich gekündigt werden.

Die Kanzlei ist berechtigt, das Mandatsverhältnis zu kündigen und das erteilte Mandat niederzulegen, sobald der Mandant sich mit Zahlung des Honorars in Verzug befindet oder die Zahlung verweigert.

10. Einverständniserklärung

Der Mandant bestätigt mit seiner Unterschrift, dass er mit den vorgenannten Bedingungen einverstanden ist, insbesondere, dass die Kanzlei nach Maßgabe der Ziff. 8 dieser Bedingungen sofort mit der Dienstleistung beginnen soll und dass er ein Exemplar dieser Mandatsbedingungen ausgehändigt erhalten hat.

_____, den _____

(Unterschrift Mandant)